

## VORWORT

Als im September 2007 Mitarbeiter der Firma Blackwater in Bagdad 17 Menschen erschossen, gerieten die Privaten Militär- und Sicherheitsfirmen im Irak wieder einmal in den Fokus der internationalen Aufmerksamkeit. Unklar war und blieb weitgehend, was geschehen war. Die Aussagen widersprachen sich, erhoben von Mitarbeitern unterschiedlicher amerikanischer Behörden, die untereinander um Zuständigkeit und die rechtliche Bewertung der Aussagen stritten. Mit der irakischen Regierung wurde parallel um die weitere Präsenz privater Militär- und Sicherheitsfirmen im Land verhandelt. Und im politischen Washington wurden Fragen des Einsatzes und der Kontrolle privater Firmen auf dem sensiblen Gebiet öffentlicher Sicherheit – zudem noch in den bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen eines fernen Kriegsschauplatzes – diskutiert.

Solche Aufmerksamkeit erfahren private Militär- und Sicherheitsfirmen stets, wenn es im Zusammenhang ihres Einsatzes zu Auswüchsen von Gewalt kommt. Dann wird ihnen öffentliche Aufmerksamkeit zuteil, denn eigentlich haben sowohl die Auftraggeber als auch die Auftragnehmer ein Interesse daran, nicht unter medialer Beobachtung zu stehen. Denn dann werden Fragen hinsichtlich ihrer Aufgaben gestellt und überlegt, wie sich deren Erfüllung gleichwohl in das staatliche Kontrollsystem einfügen ließe. Das Gewaltmonopol des Staates erfordert, dass private Akteure auf diesem Gebiet nur als Auftragnehmer staatlicher Behörden oder im Rahmen der Gesetze eingesetzt werden. Wenn sich das grelle Licht der öffentlichen Aufmerksamkeit verdunkelt hat, bleibt von den sporadischen Initiativen bisher wenig übrig. Vergleiche mit anderen Sparten der Industrie wirken umgehend zynisch, weil es sich bei diesen Einätzen um Aufgaben von Sicherheit, um Fragen von Leben und Tod handelt. Die Zurschaustellung der Leichen von Mitarbeitern der Firma Blackwater im April 2004 in Fallujah, Irak, dokumentierte gleichwohl auch die Distanz, die zwischen dem Geschehen und der gesellschaftlichen Wahrnehmung besteht: beide Ereignisse hätten ungleich größere Wirkung entfaltet, hätte es sich um reguläre Soldaten gehandelt.

Private Militär- und Sicherheitsfirmen stehen hingegen politisch in einem Zwielficht und dies gleich mehrfach: ihr legaler Status ist unklar bis prekär; ihre politische Beauftragung und Kontrolle ist umstritten; ihre Wirkungen auf politische Systeme sind fragwürdig; und schließlich gelten sie als Akteure, die in den zentralen Souveränitätsbereich der Staaten eindringen und nicht nur die Ordnung des Staates selbst, sondern auch das Verhältnis zwischen ihnen verändern kann. Im schlimmsten Fall, so die Wahrnehmung, perforieren sie das Gewaltmonopol des Staates und provozieren ein neues Verhältnis von Geld und Macht. Sicherheit stellt sich als käufliches Gut dar; militärische Macht erscheint für Privatleute erwerbbar. Charakteristika, die aus der Lebenswirklichkeit weniger entwickelter Gesellschaften bekannt sind, dringen in die politischen Systeme der westlichen Welt ein. Zwischen der schlaglichtartigen öffentlichen Aufmerksamkeit und der potentiell großen politischen Bedeutung dieses neuen

transnationalen Akteurs klafft eine Lücke, die zu schließen insbesondere die Politikwissenschaft aufgerufen ist. Das wurde bisher nur sehr zögerlich unternommen. Ein Großteil der Literatur konzentriert sich auf die Darstellung einzelner Vorkommnisse und die politische Bewertung, die gewöhnlich alarmistisch ausfällt und zwar in beide Richtungen, ist weniger am Analysegegenstand als der eigenen Befindlichkeit orientiert. Doch handelt es sich bei diesen Firmen um Akteure, die aus vielen Gründen einen zunehmend größeren Platz in den sicherheitspolitischen Konflikten einnehmen, weshalb umfassende, interdisziplinäre wissenschaftliche Analysen notwendig sind, um unser Wissen hierüber zu mehren. Aber dies ist eben auch schwierig. Denn nicht nur handelt es sich dabei um ein Feld, auf dem die Dokumentenlage unübersichtlich und ihre Recherche mit großen Problemen verbunden ist, darüber hinaus sind die Verfahren der Auftragsvergabe und der Leistungskontrolle häufig intransparent und lässt sich deshalb von Informationssicherheit nur mit Einschränkungen sprechen. Klandestine Sicherheitspolitik greift auch hier aus. Zudem ist es von Bedeutung, die kriegswirtschaftlichen, sicherheitspolitischen, bürokratischen, demokratischen, transformationspolitischen, rechtlichen und medienpolitischen Konsequenzen zu bedenken, um nur einige zu benennen. Die interdisziplinäre Erforschung privater Militär- und Sicherheitsfirmen steht erst am Anfang.

Mit seiner Studie leistet Jan Stöber hierzu einen wichtigen Beitrag. Dieser ist gekennzeichnet von einer umfassenden Kenntnis des Sachgegenstandes und seiner Einbettung in die industriellen Strukturen. Von hier ausgehend fragt Stöber nach den Grenzen der Auslagerung von staatlichen Aufgaben an private Firmen, unter der Maßgabe, dass ihre effektive und effiziente Erfüllung gewährleistet ist. Darüber hinaus geht er der Frage nach, wie die beauftragenden Regierungen in der Lage sein können, diese Erfüllung zu kontrollieren und gegebenenfalls nachzusteuern. Anhand von Fallstudien überprüft er seine Überlegungen und gelangt zu überzeugenden Resultaten, die das Nachdenken über den Einsatz privater Militär- und Sicherheitsdienste komplexer werden lassen.

Dabei handelt es sich bei der vorliegenden Studie nicht nur um eine Arbeit zum Einsatz privater Militär- und Sicherheitsfirmen im Irak. Sie weist darüber hinaus auf grundsätzliche Fragen der Transformation von Sicherheitspolitik hin. Wo liegen die zukünftigen Grenzen zwischen staatlichen und privaten Leistungen auf dem Gebiet der Sicherheit? Welche Organisationsstrukturen – gerade auch staatlicherseits – sind erforderlich, um diese neuen Akteurskonstellationen steuern zu können? Welche prospektiven Auswirkungen kann dies auf die Legitimation sicherheitspolitischer Maßnahmen haben? Diese Fragen und weitere verbinden sich mit den zwei Grundfragen, die Stöber an den Einsatz privater Firmen im Irak stellt.

Dabei muss insbesondere auch darüber nachgedacht werden, ob es für Regierungen möglich sein wird, ihre Agenten – die privaten Militär- und Sicherheitsfirmen – mittels Dritter überwachen zu können. Denn schon heute sind die Leistungen, die ausgeführt

werden, derart umfassend und die Zahl der Mitarbeiter derart hoch – insbesondere auch im Vergleich zu den staatlichen Kontrolleuren –, dass ein flächendeckendes Monitoring kaum ausführbar erscheint. Wie kann es aber gelingen, wenn diese als „Polizeistreife“ charakterisierte Überwachungsform nicht umgesetzt werden kann, eine Art von „Feueralarm“ zu institutionalisieren? Im eigenen Land, hier in den USA, könnte dies gelingen, wenn die Angehörigen von Mitarbeitern in Fällen des sachangemessenen Einsatzes juristisch gegen die Arbeitgeber vorgehen können. Aber wie kann dies in den Ländern geschehen, die von zerfallenen Staatsstrukturen, lokaler Anarchie und gewaltmarktlichen Verhaltensweisen geprägt sind?

Angesichts der Veränderungen auf dem Politikgebiet der Sicherheit, gerade auch der Auflösung der Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit sowie ihrer politikfeldübergreifenden Wirkungen muss der Analyse dieses „neuen“ Typus von Akteur ausreichend wissenschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt werden. Stöbers Studie trägt dazu bei, die Fragen zu stellen und zu beantworten, die davor hüten, zu irgendeinem Zeitpunkt von Entwicklungen überrascht zu werden.

Prof. Dr. Thomas Jäger

*Lehrstuhl für Internationale Politik und Außenpolitik, Forschungsinstitut für Politische Wissenschaft und Europäische Fragen der Universität zu Köln*

*Februar 2008*